Verbands-Zeitung

Publikationsorgan des Verbandes der Lebensmittel- und Getränkearbeiter Deutschlands
(vormals: Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter und verwandter Berufsgenossen)

Erscheint wöchentlich.

Bezugspreis: Ab 1. April 1924: monatlich 1,20 M.-M. Eingetragen in die Postzeitungsliste.

Verleger und verantw. Redakteur: Fr. Krieg, Berlin-Nichtenberg
Redaktion und Expedition: Berlin N.W. 40, Reichstagsufer 3
Druck: Vorwärts Buchdruckerei Paul Singer & Co., Berlin S.W. 68

Insertionspreis

Geschäftsanzeigen: die sechsgepaute Nonpareillezelle 60 Goldpfennig.
Gratulationen d. Zeile 50 Goldpf., für Todesanzeigen d. Zeile 40 Goldpf.

Um das Gemeindebestimmungsrecht!

Zum Kampf um das Gemeindebestimmungsrecht nimmt Genosse Wilhelm Sollmann in der Abendausgabe des „Vorwärts“ (Nr. 46) vom 26. Februar unter dem Fragetitel: „Trockenlegung?“ das Wort. Er wendet sich gegen die angeblich falsche Auffassung der in einem Reichsausschuß gegen das Gemeindebestimmungsrecht zusammengeschlossenen gesamten Alkoholindustrie, zu welchem Unternehmer und Arbeiter, der Alkoholhandel, die Gastwirte aller Art und der Weinbau gehören, und die als Gegner des Gemeindebestimmungsrechts den Eindruck zu erwecken versuchen, „als drohe eine „Trockenlegung“ nach amerikanischem Muster, als stehe die gesetzlich verordnete „Zwangsaftinenz“ von Wein, Bier und Schnaps bevor, wenn der Reichstag das Gemeindebestimmungsrecht annehme“. Die ganze Gesetzgebungsaktion, sagt Sollmann, könnte nur eine Verringerung des Angebots von Alkohol zur Folge haben, ein Zurückdrängen der Verführung zum Trinken und damit ein Eindämmen der seit einigen Jahren wieder ansteigenden Alkoholfut. Sonst aber bliebe selbst bei dem radikalsten Siege der Alkoholgegner „die Erzeugung von Alkohol ungehindert, fiele die Aufbewahrung und der Genuß geistiger Getränke in das Privatverbot“. Sollmann erklärt auch und erkennt an, daß die deutschen Verhältnisse „aus tausend Gründen eine „Trockenlegung“ weder ratsam noch möglich erscheinen lassen“.

Wir stimmen dieser Erkenntnis des Genossen Sollmann durchaus zu, und wenn er selbst der Auffassung ist, daß auf alle Fälle die Erzeugung von Alkohol ungehindert bliebe, die Aufbewahrung und der Genuß geistiger Getränke im Privatverbot nicht unter das Gemeindebestimmungsrecht haben soll, und ob damit der Alkohol eingedämmt würde. Das heißt doch nur, den Zwischenhandel ausschalten unter gleichzeitiger Vermehrung des Alkoholkonsums. Denn wenn jedermann seinen Bedarf im Hause hat, dann wird höchstwahrscheinlich mehr getrunken werden. Auch dann, wenn bei Verbot des Kleinhandels man unter Kleinhändler die Bedürfnisse und Bezüge eines Haushaltes rangieren wollte. Dann würden Haus- oder Werksgenossenschaften zum Bezug von alkoholischen Getränken für die Mitglieder entstehen, Zentralen für die Abnahme größerer Mengen, die etwa gegen regelmäßige Beiträge regelmäßige Anfuhr und Lieferung übernehmen.

Wozu dann also das Gemeindebestimmungsrecht?

Doch die eifrigsten Befürworter des Gemeindebestimmungsrechts, die Abstinenten, wollen etwas anderes, als es nach den bisher zitierten Ausführungen des Genossen Sollmann scheint. Auch wenn Sollmann sagt, daß er nie eine alkoholgegnere Gesetzgebung betreiben würde, die den Anschauungen und dem Willen großer Teile der Volksgenossen widerspricht und damit zur Erfolglosigkeit verurteilt sein müßte, so würde er gegebenenfalls mit dieser Auffassung unter den Abstinenten allein bleiben. Und auch ihn haben wir ja schon anders gehört. In der Tagung des Deutschen Arbeiterabstinentenbundes in Berlin am 21. bis 23. November vorigen Jahres sagte er, daß wir, die Abstinenten, mit dem Gemeindebestimmungsrecht, falls es eine Mehrheit im Reichstag finden sollte, „noch lange nicht am letzten Ziele sind“. Und es liegt ja auch in der Natur der Sache, daß, wenn man als Alkoholabstinent seine Auffassung auf dem Wege des Gesetzes durchsetzen will, man auch zu dem Verbot der Alkoholherzeugung kommen muß, um auch den Bezug des Privatverbotes lahmzulegen. Oder man muß den Alkohol aus dem Verkehr und den Bezug des Privatverbotes unterbinden, um auf diesem Wege die Produktion abzurosseln. Diese Auffassung, daß jeder Abstinent die vollkommene Trockenlegung will und erstreben muß, vertritt auch Genosse Scheidemann in einem Artikel im Casseler Volksblatt vom 19. Februar, worin er übrigens das Gemeindebestimmungsrecht ablehnt. Und auch das Programm der Abstinenten verlangt völlige Trockenlegung, Gemeindebestimmungsrecht über Erzeugung und Verbrauch alkoholischer Getränke.

Nun stellen wir uns einmal die Wirkung der einzelnen Aktionen vor: Solange die Erzeugung von alkoholischen Getränken ungehindert und der Privatbezug frei bleibt, wird der Konsum trotz Gemeindebestimmungsrecht nicht geringer, im Gegenteil; wird der private Bezug verhindert

und ist der Ausschank und Handel an einem Orte durch das Gemeindebestimmungsrecht verboten, dann sind alkoholische Getränke vielleicht im Nachbarort zu finden, der von dem Verbot nicht Gebrauch macht — dort deckt man sich genügend ein, und diese Gemeinde hat den Vorteil; würden auf einem Komplex eine größere Zahl von Gemeinden oder wie die Abstinenten erhoffen, gar das ganze Land trockengelegt, dann beginnt Zug um Zug der Schmuggel und die Selbstproduktion. Deutschland mit seinen ungeheuren Land- und Seegrenzen wäre geradezu ein Paradies für Schmuggler, Deutschland würde im Alkohol erschäuft werden, und wenn es mal hapern sollte, oder auch aus Sparmaßregeln, würde die Selbstproduktion einlehen. Genau wie in den Alkoholverbotländern, besonders in Nordamerika. Der größte Teil der kalifornischen Weintrauben wird in Privathäusern zu Wein verarbeitet; wer sich das nicht leisten kann und keinen geschmuggelten Alkohol bezahlen kann, macht Bier oder Schnaps. Jetzt trinkt auch die männliche und weibliche Jugend, die früher nicht trank.

Was man in Nordamerika kann, wird man sicher auch in Deutschland können. Viel Material wird dabei vertan und verschwendet, und wenn das Selbstprodukt auch nicht immer besonders fein wird, so ist es doch Alkohol, den man sich nicht verbieten läßt, in Deutschland ebensowenig wie in Nordamerika. Und genau wie seit der Trockenlegung dort, würden auch in Deutschland bei einem Erfolg der Abstinenten der Suff, heimlich und unheimlich, der Gebrauch schädlicher und tödender Ersatzmittel, die Geisteskrankheiten und die Verbrechen zunehmen, die Gefängnisse überfüllt werden. Die Genossen, die in letzter Zeit Nordamerika studienhalber besucht haben und sehen und hören wollten, sahen und hörten es. Die Genossen Heinig und Müntner haben sich darüber geäußert, Kollege Bader ist in seinem Studienbericht ausführlicher darauf eingegangen und hat Namen und Daten genannt; er ist auch der Behauptung der Abstinenten nachgegangen, daß in den durch das Verbotsgesetz umgestellten Brauereibetrieben jetzt mehr Leute für andere Produktionszweige und zu höheren Löhnen beschäftigt würden als zur Zeit der Bierfabrikation und hat festgestellt, daß in der von den Abstinenten besonders angezogenen Anheuser-Busch-Brauerei in St. Louis, die zum größten Teil still liegt, jetzt in allen Zweigen der Produktion zusammen etwa 2300 Leute beschäftigt werden gegen früher gut 6000 und zu Tariflöhnen der Brauereiarbeiter. In den Brauereibetrieben in Milwaukee ist das Zahlenverhältnis gegen früher noch ungünstiger. Außerdem steht ein erheblicher Teil von Brauereibetrieben in Nordamerika heute noch ohne Benutzung still. 250 Brauereien sind als solche noch im Gange. Der kleinste Teil von den früher 1300 Brauereien sind für andere Produktionszwecke umgestellt und stellen meistens Maisprodukte und Syrup zur Heim-Brauerei und -brennerei her. Gut 40 000 Menschen sind in den gesamten früheren Brauereibetrieben weniger beschäftigt gegen früher. Der amerikanische Brauereiarbeiterverband ist auf unseren Wunsch daran, genaue Feststellungen zu machen.

Nun begründet Genosse Sollmann das Gemeindebestimmungsrecht mit „der seit Jahren wieder ansteigenden Alkoholfut“. Wie steht es damit. Der Bierverbrauch in Deutschland fiel von 118 Liter pro Kopf im Jahre 1900 und 98 Liter im Durchschnitt der Jahre 1911 bis 1914 auf 60 Liter im Jahre 1924; der Branntweinkonsum fiel von 6,2 Liter reinem Alkohol in den 80er Jahren auf 4,2 Liter im Durchschnitt der Jahre 1901 bis 1905, 2,8 Liter 1911 bis 1914 und 0,6 Liter im Jahre 1924. Im gesamten Alkoholverbrauch, in reinem Alkohol umgerechnet, steht Deutschland unter zehn europäischen Staaten mit 2,45 Liter im Jahre 1923 zurück hinter Frankreich (14,26 Liter), Schweiz (11,56 Liter), Italien (10,26 Liter), Belgien (5,88 Liter), Großbritannien (5,38 Liter), Desterreich (4,50 Liter), Schweden (2,59 Liter) und hat den größten Rückgang gegen 1913 aufzuweisen: 62 Proz. Das zeugt doch nicht von ansteigender Alkoholfut.

Will man in Deutschland ganze Industrien und Hunderttausende Existenzen eintauschen gegen die zum Himmel schreienden Uebel und Schädigungen, die das Verbotsgesetz in Nordamerika erzeugte, wovon sich auch die früher verbotsfreundlichen Tageszeitungen, eine nach der anderen, überzeugt haben?! Die „Chicago Tribune“, eine der

verbreitetsten Zeitungen, schrieb kürzlich offen an leitender Stelle, sie nehme alles, was sie seinerzeit zugunsten der Prohibition gesagt habe, zurück, denn sechsjährige Erfahrung habe gelehrt, daß alles ein Irrtum gewesen sei, und sie schäme sich nicht, dies einzugestehen. Dr. Murray Butler, der Präsident der Columbia-Universität, erklärt: Die Prohibition sei der kolossalste Fehler in der Geschichte der Verwaltung, und nach seinen Konsequenzen das unmoralischste Beginnen, auf das sich je eine Regierung eingelassen hat. Die eifrigsten Förderer des jetzigen Systems sind die bezahlten Agenten der Anti-Saloon-League, deren Lebensunterhalt dies ist, und die Schmuggler, bei denen das gleiche zutrifft. Die Prohibition aus dem Lande zu treiben, ist zu einer moralischen Aufgabe geworden. Bundesanwalt Budner weist in einer Denkschrift nach amtlichen Dokumenten des Gesundheitsministeriums nach, daß die Todesfälle infolge Alkoholvergiftung von 37 im Jahre 1918 auf 499 im Jahre 1924 gestiegen sind und 1925 bis 1. Dezember die Zahl von 511 erreichten. Der Whisky sei nach Untersuchung des Bundeschemikers immer mehr verfälscht worden, 1924/25 waren weniger als 2 Proz. der untersuchten Proben unverfälschte Ware. Dr. Horatio M. Pollock, Statistiker der Hospitalkommission des Staates New York, berichtet, daß in den Hospitälern für Geistesranke in den Vereinigten Staaten auf 100 000 der Bevölkerung im Jahre 1890 226,6 aufgenommen wurden, 1925 dagegen 416,7, im stetigen Zunehmen. Kollege Bader hat bei der Befichtigung des Gefängnisses in Minneapolis durch Einsicht in die Gefängnislisten festgestellt, daß das Gefängnis voll besetzt war, was vor der Prohibition nie der Fall war; ein weiteres Gefängnis mit wesentlich mehr Plätzen ging der Vollendung entgegen. Das Gefängnis in Detroit, das in früheren Jahren mit etwa 500 Gefangenen belegt war, zählt zurzeit 1200; ein neues soll gebaut werden mit 3000 Plätzen. Der immer größere Zustrom hat die Behörde veranlaßt, das neue Gefängnis auf 5000 Plätze zu erweitern.

Das Gemeindebestimmungsrecht soll zum Alkoholverbot führen. „Man kann das jagenhafte Gemeindebestimmungsrecht betrachten von welcher Seite man will, so muß man immer zu dem gleichen Ergebnis kommen: Als Quelle weiteren Zwistes, als Anlaß neuer Wahlmüdigkeit (in Rücksicht auf die vielen zu erwartenden Gemeindeabstimmungen D. V.) ist es ausgezeichnet, als Kampfmittel gegen den Alkoholismus ist es gleich Null“, sagt Genosse Scheidemann in seinem Artikel im „Casseler Volksblatt“.

So ist es! Deshalb in die Grube mit dem Gemeindebestimmungsrecht!

Die Abstinenzschieber an der Arbeit.

Am 3. März waren sie beieinander im Logenhaus der Guttempler in Berlin, die Koryphäen der Abstinenz, um den Kriegsplan zu besprechen, und wie sie die Menschheit einwickeln wollen. Der schon reichlich bekannte Studienleiter Paarmann gab den Kriegsplan bekannt, daß Berlin beispielsweise in 20 Bezirke zur Unterschriftenammlung eingeteilt ist. Von Hausstand zu Hausstand sollen Unterschriften gesammelt werden und im freien persönlichen Verkehr. Das „Sicherheitsventil“ dafür, daß einzelne Personen sich nicht doppelt eintragen, besteht nach Angabe des Pfarrers Wieland darin, daß der Unterschriftenbogen in der rechten oberen Ecke den Vermerk trage, daß nur einmal unterschrieben werden dürfe. Diesen Vermerk wird sicher niemand lesen, und von dem Unterschriften-sammler, der eine Ehre darin sieht, möglichst viele Unterschriften zu erhalten, wird er wohl kaum darauf aufmerksam gemacht werden. Und die Fragen dürften ja wohl auch wieder so lauten wie in den früheren Abstimmungen, ob man mitbestimmen wolle über eine Vermehrung oder Verminderung der Ausschankstätten. Also eine absolute Täuschung in Rücksicht auf das letzte Ziel der Abstinenten. Mit Flugblättern und Broschüren von abstinenten Güte soll das Volk überschüttet werden, gerade jetzt bei dem Volksbegehren über die Fürstenteignung; scheinbar ist Absicht dabei, um das Volk zu verwirren und dem Volksbegehren Knüppel zwischen die Beine zu werfen. Die Hinterhältigkeit der Abstinenten wird auch gekennzeichnet durch den Bericht über die parlamentarische Lage, wo man folgende Ratschläge gibt:

Mit dem Alkoholverbot dürfe man den Reichstagsabgeordneten nicht kommen, wie

auch das Wort Trockenlegung bei allen Parteien nicht erwähnt werden dürfte; aus diesem Grunde sei bei der parlamentarischen Propaganda sehr vorsichtig und taktisch vorgegangen. Immerhin gäbe die parlamentarische Lage ein Bild, daß heute eine Mehrheit für das Gemeindefeststellungsrecht bestimmt zu erlangen sei.

Am 14. März soll der Selbstzug der Abstinenten mit der Unterzeichnungsaktion für das Gemeindefeststellungsrecht im ganzen Reich einziehen. Man hofft hierbei Stimmen zusammenzubringen, um Regierung und Reichstag damit zu beeinflussen; vorsichtig und taktisch klug. Kollegen, sorgt mit dafür, daß dieser Abstimmungsschwindel als solcher bewertet wird!

Richtigstellung.

Im Artikel in voriger Nummer „Konzentration in der Mühlenindustrie“, sind die Worte „Weizen“ und „Roggen“ über der Preistabelle verwechselt, wodurch falsche Zahlenreihen entstanden sind. Wir geben nachfolgend die richtige Darstellung wieder.

Es kosteten:

	Weizen	Roggen	Sommergerste
	(in Reichsmark pro Tonne)		
1913	195	163	183
Anfang 1924 . . .	150	128	158
Ende 1924	235	230	206
Februar 1925 . . .	250	250	200
Dezember 1925 . .	251	153	201
Anf. Febr. 1926 . .	245	142	166

Mit dem Weinbau

Am Rat der Länger beschäftigte sich der Preussische Landtag und stimmte am 5. März einstimmig dem folgenden Antrag des Ausschusses zu:

1. Die Zollsätze für Auslandsweine sollen in einer den Lebensverhältnissen des deutschen Weinbaues entsprechenden Höhe festgelegt werden; sie sollen keinesfalls niedriger sein als die Sätze des italienischen Handelsvertrages.
2. Die Reichsregierung und die Landesregierungen werden aufgefordert, großzügige Maßnahmen zur Hebung des Absatzes deutscher Weine zu treffen. Die Weinsteuer soll sofort außer Kraft gesetzt werden.
3. Die Weinbaugebiete sind als Notstandsgebiete zu erklären. Den Winzern sollen auf Antrag die rückständigen sowie die 1926 fälligen Steuern gestundet, gegebenenfalls niedergeschlagen werden. Den Finanzämtern wird auferlegt, bei der Einziehung der Steuern mit größtmöglicher Schonung zu verfahren.
4. Um den Absatz der lagernden Weine zu heben, sollen den Winzergenossenschaften seitens des Staates Kredite zur Verfügung gestellt werden.
5. Der preussische Anteil der verfügbaren elf Millionen, die das Reich aus der Weinsteuer zur Verfügung gestellt hat, soll sofort verteilt werden.
6. Das Weingesetz soll unter Berücksichtigung der Forderungen des Weinbaues geändert werden.

Die Lebensmittel- und Getränke-Industrie auf der Leipziger Messe.

Leipzig, den 5. März 1926.

Die Leipziger Frühjahrsmesse, die sonst für den Aufschwung unserer Industrie und damit für die künftige Bekämpfung des Arbeitsmarktes von größter Bedeutung ist, fand dieses Mal völlig unter dem Eindruck der Wirtschaftskrise. Die Aufträge gingen in allen Branchen nur schleppend ein. Die Krise hat sich vor allen Dingen in Richtung einer Verminderung der Aussteller ausgewirkt. Auf der diesmaligen Frühjahrsmesse wurden in Leipzig rund 10.300 bis 10.600 Aussteller festgestellt. Das bedeutet gegenüber der Herbstmesse 1925 einen Rückgang um 12 Proz. In diesem Rückgang ist nicht zuletzt die Industrie für Getränke, Lebensmittel und Genussmittel beteiligt. Man sah z. B. im Hofmann Hof, dem Hauptquartier der genannten Gewerbe, sehr

viel reduzierte Ausstellungenstände.

Das ist ganz natürlich. Die Inflation hat gerade in diese Industrie neue Unternehmungen wie Fische emporschwimmen lassen, deren Existenz sich weniger auf den verkehrten Bedarf an Waren, sondern auf die durch die Marktentwertung bedingte Niedrigkeit der Arbeitslöhne stützt. Selbstverständlich machte die Wandlung infolge der Stabilisierung der Reichsmark, die sogenannte Verdingungsschritte, mit vielen Unternehmungen dieser Art Schluß machen. Einem volkswirtschaftlichen Schaden bedeutet diese Entwicklung nicht. Die Folge dieser Vorgänge ist, daß in Leipzig die früher wieder die aller Marktführer waren das Feld beherrschten. In besonders großer Anzahl sind Eisfabriken zurückgegangen. Das mag in erster Linie darauf zurückzuführen sein, daß sich, wie auch in der Generalversammlung des Berliner Christengemeinschafts festgestellt wurde, eine Wandlung im Geschmack des Publikums dahin vollzogen hat, daß ungezuckerte Schokolade bevorzugt werden.

Wenn die Leipziger Frühjahrsmesse im großen und ganzen kein Geschäft war, so erklärt sich das aus einer ganzen Reihe von Gründen. Einmal liegt der Export zum Teil infolge der handelspolitischen Ungeklärtheit. Auch die Getränkeindustrie und das Lebensmittel- und Genussmittelgewerbe dürften wohl kaum Ausstellungenstände in größerem Ausmaß gestellt haben. Vor allen Dingen hatte es die Firma Asbach unternommen, wieder mit ihren Erzeugnissen in das Auslandsgeschäft hereinzuwachen. Soweit wir beobachten konnten, leider mit negativem Erfolg. Der Auslandsmarkt scheint noch immer unter Auswirkung der französischen Zolltarifsenkung zu stehen, die es dem französischen Wettbewerb erlaubt, für viele Artikel außerordentlich niedrige Preise zu stellen, wie das dem deutschen Unternehmer zur Zeit der Marktentwertung auch möglich war. Dagegen kommt die Konkurrenz der französischen Spiritus-Industrie für den deutschen Inlandsabzug in Frage. Die gegen-

wärtigen deutschen Zölle reichen durchaus aus, um die deutsche Industrie selbst gegen eine Valutadumping konkurrenzfähig zu halten. Ein Beweis dafür ist das

schlechte Geschäft mit französischem Gett

(Firma Mumm) in Leipzig. Trotz des schlechten Frank waren die Preisunterschiede zugunsten der deutschen Gettmärkte so erheblich, daß von einer eigentlichen Konkurrenz der französischen Marken gar nicht zu sprechen ist. Im Grunde genommen beruht der schlechte Absatz auf der Tatsache, daß wir einige Millionen Arbeitslose und Kurzarbeiter in Deutschland haben, die sich mit einem äußerst geringen Lohnverdienst begnügen müssen. Das geringere Einkommen schwächt die Kaufkraft und vermindert immer weiter die Kräfte, da dem verminderten Einkommen keine genügende Preisentlastung als Ausgleich gegenübersteht. Von dieser Entwicklung sind selbstverständlich Industrien wie das Nahrungsmittelgewerbe weniger betroffen als solche Industrien, die nicht für einen gleich dringenden Verbrauch produzieren. In Frage kommen hier u. a. die Genussmittel- und die Bekleidungsindustrie. Daraus erklärt sich, daß die

Lebensmittelindustrie in Leipzig immerhin ein Mittelgeschäft

gemacht hat, während es auf der Textil- und Schuhmesse, auf der Süßwarenmesse und auf der Tabakmesse äußerst still herging. So gingen z. B. Bralinen gar nicht; auf der Tabakmesse, wo nebenbei gesagt, die Griechen wieder mit ihren Artikeln aufwarteten, fanden höchstens Bigaretten einigermaßen Absatz. Dieser Zusammenhang zwischen Einkommen und Geschäftsgang dürfte sehr wahrscheinlich das deutsche Unternehmertum veranlassen, seine Lohnpolitik mal gründlich zu revidieren. Wenn sich das deutsche Unternehmertum mit dem Gedanken trägt, zu einer allgemeinen Lohnsenkung zu kommen, muß es sich auch damit abfinden, daß es die Kaufkraft weiter schwächt. Die Auswirkung wird eine weitere Lähmung in Handel und Wandel sein; denn die binnenländische Kaufkraft ist zuguterletzt der Punkt, von wo aus die natürliche Belebung der deutschen Wirtschaft einzig und allein einleiten kann. Wenn man diese Voraussetzung für eine Wirtschaftsbelebung vernichtet, zerstört man für absehbare Zeit überhaupt jede Hoffnung auf wirtschaftliche Besserung.

Eine reduzierte Lohnentlastung mag wohl im Interesse der Schwerindustrie liegen.

Für den deutschen Fertigfabrikanten aber, der von dem Verbrauch der Bevölkerung abhängt und davon, inwieweit der Bedarf durch ein Lohnvermögen befriedigt werden kann, sind die Dinge ganz anders gelagert. Er hat alle Ursache, sich gegen eine Selbstvernichtungspolitik in der deutschen Wirtschaft zu wehren.

Wenn die Getränkeindustrie Aufträge, wenn auch in geringerem Umfang und vielfach Gefälligkeitsaufträge, buchen konnte, so waren die Anrufer die altbekannten Markenfirmen Asbach, Schlichte, Aktiengesellschaft Bamberg, Kempe u. Co., Dypach usw. Das eingeschränkte Geschäft erklärt sich an und für sich aus dem gesunkenen Alkoholkonsum, den man auf zwei Fünftel gegenüber dem Frieden schätzt. Dazu kommt die Trockenlegung in einzelnen Ländern, z. B. in Norwegen, Nordamerika usw., die dem deutschen Gewerbe, soweit das Exportgeschäft in Frage kommt, unlegbar Abbruch getan hat. Die entsprechende Bewegung in Deutschland sollte es sich noch mal überlegen, ob Deutschland in einer Zeit, wo die technische Umwälzung der Arbeitsmarkt auf lange Sicht schwer belasten wird, es überhaupt tragen kann, eine Industrie brachzuliegen, die einen nicht unerheblichen Bruchteil der deutschen Arbeiterschaft, und zwar gegenüber anderen Industrien noch verhältnismäßig gut beschäftigt. Schlechter als Weinbrand, Steinhäger usw. gingen Bisköre. Jedoch behaupten einzelne Firmen, wie die Moritz Hamburg, ein einigermaßen befriedigendes Geschäft gemacht zu haben. Der Kuriosität wegen sei erwähnt, daß das sogenannte Berliner Sturm-Tropfen-Monopol („ein echter deutscher Männertrunk“) sehr unzeitgemäß wieder in schwarzweißen Farben erstrahlte, ohne daß der Ausdruck monarchistischer Sinnhaftigkeit feststellbaren Einfluß auf den Geschäftsgang hatte. Tafelschokolade wurde hin und wieder flott, im Gegensatz zum schleppenden Bralinengeschäft, abgesetzt. Die Nachfrage nach Cenf und Ciffig hielt sich in Grenzen, ebenso das Geschäft in Punsch.

Im Gegensatz zu der Mustermesse, der eigentlichen Warenmesse, hat die

technische Messe in Leipzig ein sehr gutes Geschäft

gemacht. Zweifellos sind reiche Aufträge bei den deutschen Maschinenfabriken aus dem In- und Auslande eingegangen. Das bessere technische Geschäft ist auf die Notwendigkeit der deutschen Unternehmer zurückzuführen, in ihren Betrieben zu rationalisieren. Diese Notwendigkeit zwingt vor allem zur Anschaffung neuer Maschinen. Im großen und ganzen kann gesagt werden, daß die deutsche Technik den durch den Umstellungsprozeß an sie gestellten Anforderungen durchaus gewachsen ist. An Werkzeugmaschinen, eigentlichen Arbeitsmaschinen, wurde viel Neues und Gutes gezeigt. Außerdem hatten einige Firmen, u. a. Gebr. Schirm, Leipzig-Magwitz, und die Firma Stöhr u. Co., Probearbeiten für die sogenannte Fließ- und Wandarbeit ausgestellt.

Auf dem Gebiete der Nahrungsmittel- und Getränkeindustrie scheint allerdings die Technik noch nicht jenes rasende Tempo eingeschlagen zu haben wie in einzelnen Industrien; jedoch war auch manche gute Neuerung festzustellen. So zeigte die bekannte österreichische Firma Arthur Krupp zahlreiche Neuentwicklungen für das Säuregewerbe. (Säuretauchs bis 300 Hektoliter, Abfülltauchs, Kühlschiffe usw.) Nachfrage bestand auch nach den Rälzereimaschinen der bekannten Erfurter Maschinenfabrik J. A. Löffel u. Söhne, die u. a. auch große Aufträge in Teigwarenmaschinen (Mastaroni) herzunehmen konnte. Sehr zahlreich wurden Kältemaschinen ausgestellt. Vertreten waren die Firmen Eduard Aßhörn-Hildesheim mit Eis- und Kühlmaschinen (Spezialtypen), Eisergzeuganlagen für Kühlt- und Speisefür, Raumkühlung usw., die Osterwaldwerke (Mühl- und Kältemaschinen (Eisergzeug und Raumkühlung, 1500 Kal. Stundenleistung). Die Maschine kann in gewöhnliche Eischränke eingebaut werden, ist in steter Betriebsbereitschaft und so auch für kleinere Betriebe zu benutzen. Viel boten auch die Ausstellungen für das Transportwesen. Hier zeigte die Aßhörn Maschinenfabrik Dinglinger fahrbare und elektrisch betriebene Endstapelmaschinen und die Firma Kühnherf u. Söhne normalisierte Lastenaufzüge modernster Bauart. Viel beachtet wurde auch der Lastwagenstrahlmotor „Auto-Kraft“ (Maschinenfabrik Zehlheim, Frankfurt a. M.). Die Trag-

kraft beträgt 750 bis 1000 Kilogramm und die nutzbare Hubhöhe 1,4 Meter. Von besonderer Bedeutung sind wohl die technischen Neuerungen im Mühlenereignisse, die auf der Technischen Messe in Leipzig gezeigt wurden. In Frage kommen hier die verschiedenen System von Plattensichtern, in hängender und freistehender Konstruktion, wie sie die Firma A. Wegig, Wittenberg, anbietet, und freischwingernde Plattensichter, wie sie von den Gebrüdern Wähler, Dresden, hergestellt werden. Die bekannte Maschinenfabrik „Elite“, Rosten in Sachsen, stellte neben einem freischwingernden Plattensichter, der auch in Mühlen ohne Backen angebracht werden kann, eine Getreidereinigungsmaschine und eine Getreidebälmschne („Ideal“, Modell BB mit Bürste) aus, die viel Beachtung fanden. Die genannte Fabrik arbeitet bekanntlich mit dem Bayerischen Hüttenamt Oberreicht, Mühlenbauanstalt und Eisengießerei, die einen Bierwalzenstuhl zeigte, zusammen. Die Maschine ist von einfacher Konstruktion, sparsam und leistungsfähig. Die Firma gibt die Leistungssteigerung mit 50 Proz. an. Viel Beachtung fanden auch die Getreidemengen der Registrierwagenfabrik „Sitz“, Peter Streimel, Gemef-Siegen. Der Vorteil der neuen automatischen Wagen sind unbedingte Zuverlässigkeit bei rieselndem Zufluß und unbedingt genaues Gewicht!

Der Appell an die Öffentlichkeit.

Der Denkschrift des Reichsverbandes der Deutschen Industrie „Deutsche Wirtschafts- und Finanzpolitik“, die im Dezember vorigen Jahres der Öffentlichkeit übergeben wurde, ist jetzt eine Denkschrift der freigewerkschaftlichen Spitzenverbände unter dem Titel „Gegenwartsaufgaben deutscher Wirtschaftspolitik“ gefolgt. Die beiden maßgebendsten Faktoren der deutschen Wirtschaft, Kapital und Arbeit, wenden sich mühsam an die Öffentlichkeit, um vor ihr die Gedankengänge klarzulegen, die nach Meinung dieses oder jenes Teiles der Befundung der Wirtschaft und damit zur Überwindung der Krise führen.

Die Tatsache, daß solche grundsätzlichen Fragen vor dem Forum der Öffentlichkeit ausgetragen werden, zeigt einen psychologischen Fortschritt von ungeheurer Tragweite. Dadurch wird vor allem bestätigt, daß die Wirtschaft nicht mehr eine private, sondern eine öffentliche Angelegenheit geworden ist, eine Angelegenheit, die alle Staatsbürger interessiert, weshalb das Volk im gewissen Sinne zur Mitentscheidung aufgerufen wird.

Bei den Gewerkschaften ist dies nichts Neues, denn sie waren als im vollsten Lichte der Öffentlichkeit sich entfaltende Körperschaften schon immer bemüht, ihre Maßnahmen und Forderungen öffentlich darzulegen. Nicht so bei den Unternehmerorganisationen, und hierin liegt das grundsätzlich Neue, das wir in den Vordergrund stellen möchten. Nicht immer war es so, daß die Unternehmer glauben, der Öffentlichkeit Aufklärung schuldig zu sein über die Ziele, die sie sich gestellt hatten. In der Vorkriegszeit standen ihnen andere Wege offen, auf Regierung, Parlamente und Stadtverwaltungen einzuwirken.

Ueber Fragen der Sozialpolitik mit der Öffentlichkeit zu rechten, haben die Unternehmer früher glatt abgelehnt. Der Herr-im-Haus-Standpunkt war bei ihnen so scharf entwickelt, daß er keine Deutungen zuließ und öffentliche Rechtfertigungen erst gar nicht in den Bereich der Möglichkeiten gezogen wurden. Die Unternehmer der Vorkriegszeit standen auf dem Standpunkt, den Emil Rirdorf einmal auf einer Tagung des Vereins für Sozialpolitik folgendermaßen vertreten hatte: „Auch wenn wir (die Industrie) eine festgelegte Organisation hätten, so würde ich nach meiner festen Überzeugung nach wie vor auf dem Standpunkt stehen, daß ich das Verhandeln mit den Arbeiterorganisationen ablehnen würde. Ich würde es deshalb tun, weil ich mir nach meinen Erfahrungen nicht das geringste davon verspreche, daß es dadurch zu befriedigenden Kompromissen, zu einer gewissen Ruhe für einige Zeit kommen würde.“

Bei der jetzt üblichen Methode der öffentlichen Rechtfertigung ist mir ein großer Umschwung gegenüber ehemals zu verzeichnen. Man kann hierin eine Konzession an die Umwälzung in der Nachkriegszeit erblicken. Ein ideologischer Widerspruch der demokratischen Grundzüge, die in der deutschen Politik nach dem November 1918 zur Herrschaft kamen. Gewiß werden die Unternehmer von dem Grundsatze der Weimarer Verfassung: „Eigentum verpflichtet“ nicht sonderlich erbaute sein; dennoch sind sie gehalten, diesen Grundbegriffen Konzessionen zu machen. Die schrankenlose Herrschaft und Willkür macht jaghaft einer anderen Auffassung Platz, die die Funktionen der Unternehmer als öffentliche Tätigkeit wertet.

Indirekt liegt hier ein großer Erfolg der Gewerkschaften. Durch ihre ruhige und taktisch kluge Tätigkeit für die Sache der Arbeiterklasse und das entschlossene Bestehen-machen der Ansprüche der großen Masse der Lohn- und Gehaltsempfänger in der Öffentlichkeit und gegenüber den Behörden haben sie den Boden vorbereitet, auf dem sich die Prinzipien des Grundrechts der Arbeiterklasse entwickeln können. Diese haben gegenüber der in der Vorkriegszeit gültigen Sozialpolitik eine Erweiterung erfahren. Früher ging das Bestreben um das Arbeitsverhältnis und um den Anteil am Ertrage der Arbeitsleistung, dagegen geht es jetzt weit darüber hinaus. Die Mitwirkung der Arbeiterklasse am Aufbau der Wirtschaft, die gleichberechtigte Teilnahme an der Gestaltung wirtschaftlicher Dinge und dergleichen, das sind die Ziele, die zu erreichen sich die moderne Arbeiterbewegung gestellt hat.

Gerade jetzt wehren sich die Unternehmer gegen jeden Fortschritt mit aller Entschiedenheit. Der Kampf gegen das Betriebsrätegesetz, den Reichswirtschaftsrat usw. sind dafür ein Beweis. Doch wenn der Satz aus der Unternehmerdenkschrift: „Der Zweck unserer Denkschrift wäre erreicht, wenn unsere Vorschläge die Unterlage für ein Wirtschaftsprogramm bilden könnten, das von allen Seiten gebilligt wird“, einen Sinn haben soll, dann doch nur den, daß sie sich auch mit weniger als mit dem Beforderten zufrieden geben.

Das geistige Ringen der beiden wirtschaftlichen Faktoren ist in vollem Zuge. Auf einer veränderten Basis geht dieses auf der Grundlage von Denkschriften vor sich. Die Idee der wirtschaftlichen Demokratie marschiert, doch sie würde ein schnelleres Tempo einschlagen, wenn ein jeder zu seiner Gewerkschaft stände und diese mit allen Mitteln unterstützte.

Wie deutsche Fürsten weißen Sklavenhandel betrieben

und was sie verdienten.

Das Buch von Friedrich Rapp über „Der Soldatenhandel deutscher Fürsten nach Amerika“ gibt nach Felix Fehrenbach in der Illustrierten Reichsbanner-Zeitung darüber folgende Auskunft:

Der älteste bekannte Vertrag über den Soldatenhandel ist der des sächsischen Kurfürsten Johann Georg III. aus dem Jahre 1685. Er hat 3000 sächsische Soldaten um 120 000 Taler an die Republik Venedig verhandelt, die sie gegen die Türken schickte. Die meisten der verkauften Soldaten gingen in Kämpfe, an der Pest und Ruhr elend zugrunde, und nur 761 kamen die Heimat wieder.

Auch die Bayern betrieben einen schwindehaften Handel. Kurfürst Karl Albert verkaufte 1738 an das Haus Habsburg 8000 Bayern, den Mann zu 36 Gulden (61,71 Mt.) zum Türkenkrieg. Sein Nachfolger Maximilian setzte das Geschäft fort, bekam aber nur noch 24 Gulden für den Kopf. Die bayerischen Soldaten waren, wohl wegen großen Angebots anderer Fürsten, im Preise gesunken.

Die Landgrafen von Hessen-Kassel hatten das Geschäft von jeher am besten verstanden. Karl I. begann den Reigen. 1687 überließ er 1000 Mann an Venedig zum Krieg gegen die Türken, 1702 verkaufte er 8000 Hessen an die Seemächte, 1706 gab er 11 500 nach Italien, und nach dem Utrechter Frieden oermietete er wieder 12 000 nach England. Seit der Thronbesteigung Georgs II. zahlte England jährlich 240 000 Pfund Sterling Subsidien an den Landgrafen, für die damals Zeit eine ungeheuerliche Summe. Landgraf Wilhelm VIII. betrieb das Soldatengeschäft in noch größerer Ausdehnung. Er versah sogar im österreichischen Erbfolgekrieg beide Parteien mit Truppen, so daß Hessen gegen Preußen kämpfen mußten, nur damit ihres „Landesvaters“ Säckel gefüllt wurde.

Das Hauptgeschäft begann aber für die fürstlichen Menschenhändler erst während des nordamerikanischen Freiheitskrieges. England benötigte Truppen gegen die um ihre Freiheit kämpfenden Amerikaner, und die deutschen kleineren Fürsten verstanden die Konjunktur vorzüglich zu nutzen. Bereits im August 1778 beriefen sich der Erbprinz von Hessen-Kassel und der Fürst von Waldeck um Truppenlieferungen. Ihre Anerbietungen sind in einem widerlich-servilen Ton gehalten. Die eigenen Landeskinder werden wie Pöfelware angeboten. Wer am meisten zahlt, bekommt sie. Reichte die eigene Bevölkerung zur Befriedigung des englischen Bedarfs nicht aus, dann ging man zum Menschendiebstahl über. Darin war vor allem der Landgraf von Hessen groß. Der Dichter Gottfried Seume erzählt darüber: Niemand war damals vor den Handlangern des Seelenverkäufers sicher; Ueberredung, List, Betrug, Gewalt, alles galt. Man fragte nicht nach den Mitteln zu dem verwerflichen Zwecke. Fremde aller Art wurden angehalten, fortgeschickt. Zunächst gelang es dem Herzog Karl I. von Braunschweig, ins Geschäft zu kommen. Er war der prächtigsten, reichsinnigsten und verdienstvollsten deutschen Fürst. Mit seinen 12 Millionen Talern

Schulden hatte er das Recht an den Rand des Abgrundes gebracht. Die teuersten Mätressen hatte er und vergewaltete Millionen für sinnlosen Luxus. Der Handel mit Menschenfleisch sollte seinen zerütteten Finanzen wieder aufhelfen. Im Januar 1778 verpflichtete er sich gegenüber England zur Lieferung von 4000 Soldaten. Für jeden Mann bekam er als sogenanntes Werbegehalt 30 Kronen Dank. Für jeden dieser Soldaten, der mit Lob abging, wurden nochmals 30 Kronen Blutgeld bezahlt; drei Verwundete empfanden für einen Toten. Der Herzog hatte also ein Interesse daran, daß recht viele seiner Soldaten in Amerika umkamen. An jährlichen Subsidien wurden 54 500 deutsche Kronen an den Herzog bezahlt, die sich vom Tage der Rückkehr der Truppen an verbrachten und auf zwei Jahre in Höhe von 120 000 Kronen weiterbezahlt wurden. Bis zum Ende des Krieges lieferte Braunschweig noch 1423 Rekruten nach, im ganzen also 5723 Mann.

Der Landgraf Friedrich II. von Hessen-Kassel, in dessen Familie der Soldatenhandel traditionell war, hat System und Methode in das Geschäft gebracht. 1762 hob er das freiwillige Werbe-system auf, teilte das Land in Kantone ein, von denen jeder eine bestimmte Zahl Soldaten zu liefern hatte. Ohne Gewalt ging dabei nicht ab. Wenn die Eltern der weggenommenen Söhne klagten, so kam der Vater in die Gefängnisse, die Mutter ins Buchsthaus. Deserteure mußten zwei Tage in der Kaserne stehen, zuweilen bis zum Tode. Mit England schloß dieser Landgraf unmittelbar nach dem Braunschweiger Herzog einen Soldatenlieferungsvertrag für den amerikanischen Krieg ab. Er verpflichtete sich, 12 000 Mann zu liefern mit 30 Kronen Werbegehalt pro Kopf. Während der ganzen Dauer des Krieges bezog er jährlich 450 000 Kronen englischer Subsidien, die erst nach Rückkehr der Truppen, und zwar auf ein Jahr, gekündigt werden konnten. Die Löhnungen mußten von England ersetzt werden, wurden aber von heftigen Stellen ausbezahlt, damit die Engländer keine Kontrolle über die Zahl der Soldaten hatten. Auf diese Weise wurden viele Mannschaften in den Löhnungslisten geführt, die gar nicht existierten oder längst gefallen waren. Die Löhnung strich der Landgraf in seine Tasche. Mit Rekrutenbeschaffung lieferte er im ganzen 16 992 Mann. Der um das Wohl seines Geliebten so besorgte heftigste Landesvater starb 1785 und hatte durch die Seelenverkäuferei so ungeheure Reichtümer aufgehäuft, daß er trotz seiner riesigen Gelbeschwendung noch rund 60 Millionen Taler hinterließ. Dieses Vermögen hatte er dadurch zusammengebracht, daß er ein Drittel seiner Landeskinder an die Engländer verkauft hatte! Sein Sohn, Fürst Wilhelm I. von Hessen-Kassel, lieferte 4223 Soldaten zu ähnlichen Bedingungen wie sein Vater. Auch er bekam für jeden Toten noch 30 Kronen Blutgeld vergütet. Auch der Fürst von Waldeck, der Markgraf von Ansbach und der Fürst von Reibst trichen große Geld-

summen von England dafür ein, daß sie mit dem Leben ihrer „Untertanen“ Schacher trieben. Am empfindlichsten benahm sich der Herzog von Braunschweig, der die englische Regierung flehentlich bat, die in Gefangenenschaft geratenen Braunschweiger, wenn sie ausgewechselt würden, nicht zurückzuschicken, damit sie ihm seinen auswärtigen Soldatenhandel nicht verderben. Aber er, das wie Rapp bemerkt, seit einem Jahrhundert sich zu verkaufen gewohnt war, wenn es einen fetten Profit zu machen gab, wollte sich natürlich die günstige Gelegenheit zum Goldhandeln nicht entgehen lassen. In geradezu entwürdigender Weise kassierte der Fürst Maximilian III. Joseph, dem englischen Geländean, an, er wäge noch hayerische Truppen nehmen. Im ganzen wurden von deutschen Fürsten nach einer Subsidienabmachung 1735 875 000 Mann an England für den nordamerikanischen Krieg geliefert. Davon kamen 17 317 zurück; es sind also 12 562 Deutsche durch diesen Menschenhandel umgekommen! Das finanzielle Ergebnis war für die beteiligten Fürsten ein ganz gewaltiges. Alle Summen liegen sich nicht feststellen. Aber längst dies wußten sie, erachtete sich folgendes Bild: In Subsidien, Werbegehalt usw. wurden von England an die deutschen Fürsten 5 785 000 Pfund Sterling bezahlt. Rapp stellt weiter fest, „hierzu kommen noch über 500 000 Pfund Sterling für Beauflegung in Amerika, Transporthosten, Ersatz schadhafter und verlorener georgianer Materialien, so daß im ganzen wenigstens sieben Millionen Pfund Sterling als Gesamtertrag der englischen Kaiser für die deutsche Hilfe nicht zu hoch gegriffen sind.“

So haben deutsche Fürsten Geld verdient und Vermögen erworben. Dann konnten deutsche Fürsten als absolute Tyrannen im Lande durch einfache Erklärung Staatsbesitz zum Privatigentum machen. Davon wurde reichlich Gebrauch gemacht. Der Kurfürst von Preußen hat sich vom Staat Grundstücke für schweres Geld abkaufen lassen, die dem Staat gehörten, die aber der König sich rechtswidrig angeeignet hatte.

Und nun wollen die Fürsten, die schon genug nach dem Zustand verschoben haben, sie außerdem noch meistens hohe Bezüge vom Staat beziehen, ihr ganzes, teils durch Handel mit Menschenfleisch verdientes, teils durch „Kabinettsordres“ sich angeeignetes Vermögen heraus haben. Ihr Anspruch geht dem Werte nach auf

2550 Millionen Mark.

Dazu melden sich jetzt noch weitere Herren mit baren Ansprüchen, und zwar jährliche Renten:

1. Sieben „deposedierte Fürsten“ mit 1 459 000 Mt.
2. Elf „Standesherrn“ mit 370 000 Mt.
3. Eine Anzahl „kleine Herren“ mit 200 000 Mt.

Die kleinen Sparer werden mit 12 1/2 Proz. aufgewertet, Unterstützungsempfänger, Invaliden hungern, Erwerbslose darben, die Fürsten und Herren bestehen auf unbeschränkter Herausgabe ihres mit unsauberen und rechtswidrigen Mitteln zusammengerafften Vermögens.

Veräußert nicht die Eintragung in die Listen für das Volksbegehren!

Die Erstattungen bei der Lohnsteuer.

Das Gesetz über die Vereinfachung der Lohnsteuererstattungen für das Kalenderjahr 1925, über das wir bereits berichtet haben, ist inzwischen am 3. März in Kraft getreten. Das Gesetz findet also nur Anwendung auf die Fälle, die bis zum 3. März noch nicht entschieden waren. Gleichzeitig sind in einem Erlaß des Reichsfinanzministers vom 26. Februar die Durchführungsbestimmungen zu diesem Gesetz ergangen. Der Erlaß bringt nur in zwei Punkten wichtige Ergänzungen:

1. In den Fällen, in denen nur an einzelnen Tagen der Woche Verdienstaussfall eingetreten ist, bestimmt das Gesetz, daß sechs volle Tage zu je acht Arbeitsstunden einer vollen Woche gleichgesetzt werden sollen. Der Erlaß gibt hierfür folgendes Berechnungsbeispiel:

Verdienstaussfall wegen Streit im Januar	3 Tage
Verdienstaussfall wegen Krankheit im März	3 "
Verdienstaussfall wegen Arbeitslosigkeit im November	12 "
Insgesamt	18 Tage

oder drei volle Arbeitswochen. Beträgt der Verdienstaussfall dagegen nur 17 Tage, so wird nur für zwei Wochen erstattet. Da ein Betrag unter 4 Mt. überhaupt nicht erstattet wird, so muß der Arbeiter mindestens zwei volle Wochen oder zwölf Arbeitstage Verdienstaussfall gehabt haben.

2. Schon nach dem bisherigen Verfahren genossen die Kriegs- und Zivilbeschädigten mit mehr als 25 Proz. Erwerbslosenbeschränkung die Vergünstigung, daß ihnen auch für die Dauer des Verdienstaussfalls ihr erhöhter steuerfreier Lohnbetrag gutgebracht wurde. Diese Vergünstigung übernimmt der Erlaß auch für das vereinfachte Erstattungsverfahren. Danach soll der sich nach den allgemeinen Vorschriften ergebende Erstattungsbetrag bei den Kriegsbeschädigten um den Prozentsatz ihrer Erwerbslosenbeschränkung erhöht werden. Ist also ein verheirateter Kriegsbeschädigter mit drei Kindern im Jahre 1925 z. B. 50 Proz. erwerbslosbeschränkt und vier Wochen erwerbslos gewesen, so berechnet sich seine Erstattung folgendermaßen: Nach den allgemeinen Vorschriften wären zu erstatten 4x8 Mt. = 32 Mt., dazu kommen 50 Proz. = 6 Mt., so daß insgesamt 38 Mt. erstattet werden. Diese Vergünstigung genießen auch diejenigen Kriegs- und Zivilbeschädigten, die es im Jahre 1925 veräußert haben, eine Erhöhung ihres steuerfreien Lohnbetrags zu beantragen. Als Nachweis für den Prozentsatz der Erwerbslosenbeschränkung genügt der Rentenbescheid. E. N.

Die unzulängliche Kurzarbeiter-Unterstützung.

Nachdem der Reichsrat sich am 20. Februar mit der Frage der Kurzarbeiterunterstützung beschäftigt, ist nunmehr eine solche auf dem Wege der Verordnung angeordnet worden. Auch hier brauchen wir nicht zu versichern, daß uns die Lösung nicht genügt. Es sollen nach der Verordnung kurzarbeitende Arbeitnehmer eines gewerblichen Betriebes, in dem regelmäßig mindestens zehn Arbeitnehmer beschäftigt sind, Unterstützung

erhalten können. Dadurch werden zahlreiche Kurzarbeiter der kleineren und mittleren Betriebe ausgeschaltet. Zahlreiche Gewerbe sind im wesentlichen auf Betriebsgrößen bis zu zehn Arbeitnehmern aufgebaut. Hier würden alle Kurzarbeiter von der Unterstützung ausgeschlossen sein. Ein Kompromißantrag, bereits bei fünf Arbeitnehmern die Unterstützung zuzulassen, fand nicht die Gnade der Regierung. Ebenso sind die Handelsbetriebe nicht eingeschlossen.

Die Unterstützung soll gewährt werden für den 3., 4. und 5. ausfallenden vollen Arbeitstag einer Kalenderwoche. Es fallen damit jeweils die ersten beiden Ausfalltage zu Lasten des Kurzarbeiters. Die Unterstützung wird nur für volle ausfallende Arbeitstage gewährt, also nicht dann, wenn stundenweise verkürzt gearbeitet wird. Die tägliche Unterstützung ist gleich dem Tageslohn, den der Kurzarbeiter erhalten würde, wenn er arbeitslos wäre, also Hauptunterstützung zuzüglich Familiengzuschlag. Eine Milderung ist insofern hineingekommen, als Kurzarbeiter mit mindestens drei zuschlagsberechtigten Angehörigen, wenn vier Arbeitstage ausfallen, bis zu 2 1/2 Tageslöhne, wenn fünf Arbeitstage in der Arbeitswoche, bis zu 3 1/2 Tageslöhne erhalten können. Die Unterstützung darf nur gewährt werden, wenn in dem Betrieb unmittelbar zuvor in zusammenhängenden Wochen insgesamt mindestens acht Arbeitstage ausgefallen sind. Für die Uebergangszeit soll jedoch diese Bestimmung rücklaufend angewandt werden, so daß die meisten der stark verkürzt Arbeitenden sofort in den Genuss der Unterstützung kommen.

Eine weitere Bestimmung sagt, daß die Kurzarbeiterunterstützung den Arbeitern desselben Betriebes höchstens für die Dauer von sechs aufeinanderfolgenden Kalenderwochen gewährt werden soll. Wenn in regelmäßigem Wechsel der Arbeit wochenweise ausgefällt, so daß also eine Kalenderwoche gearbeitet und eine Kalenderwoche gefeiert wird, so erfolgt die Berechnung der Kurzarbeiterunterstützung derart, daß für jede der beiden Kalenderwochen je drei Tage Kurzarbeit gerechnet wird. Da die beiden ersten Tage zu Lasten des Kurzarbeiters fallen, würde also für jede der Wochen je ein ausfallender Arbeitstag entschädigt werden.

Die neuen Sätze für Erwerbslose.

Der Reichstag hat eine Erhöhung der Unterstützungssätze in der Erwerbslosenfürsorge beschlossen. Diese Erhöhung soll betragen für ledige Erwerbslose über 21 Jahre 10 Proz., für ledige Erwerbslose unter 21 Jahren 20 Proz. Die Erhöhung der Hauptunterstützungssätze für verheiratete Erwerbslose tritt jedoch erst ein, wenn diese Erwerbslosen während acht Wochen ununterbrochen unterstützt worden sind. Für diese acht Wochen gelten die Sätze der Anordnung vom 17. Dezember v. J. In den Ortsklassen D und E treten keine Veränderungen ein; das gleiche gilt für die Familiengzuschläge und die Höchstunterstützungssätze.

Nach einer Anordnung des Reichsarbeitsministers trat die neue Regelung am 1. März d. J. in Kraft.

Auf Grund dieser Regelung betragen die neuen Unterstützungssätze:

Im Wirtschaftsgebiet I (Osten)

in den Orten der Ortsklassen

	A	B	C
1. für Personen über 21 Jahre	9,15	8,55	7,95
2. " " " unter 21 Jahren	6,00	5,40	5,20
3. vom Beginn der 9. Woche:			
3. für einen Mann nebst Frau	12,00	11,25	10,50
4. für eine Familie mit 2 Kindern	16,00	14,95	14,95

Im Wirtschaftsgebiet II (Mitte)

in den Orten der Ortsklassen

	A	B	C
1. für Personen über 21 Jahre	10,70	10,00	9,25
2. " " " unter 21 Jahren	7,10	6,60	6,15
3. vom Beginn der 9. Woche:			
3. für einen Mann nebst Frau	14,00	13,10	12,20
4. für eine Familie mit 2 Kindern	18,70	17,55	16,40

Im Wirtschaftsgebiet III (Westen)

in den Orten der Ortsklassen

	A	B	C
1. für Personen über 21 Jahre	11,50	10,70	9,90
2. " " " unter 21 Jahren	7,60	7,10	6,90
3. vom Beginn der 9. Woche:			
3. für einen Mann nebst Frau	15,10	14,05	13,05
4. für eine Familie mit 2 Kindern	20,10	18,85	17,60

Wir brauchen wohl nicht zu sagen, daß diese Regelung wiederum und immer noch unzulänglich ist.

Arbeitsrecht.

Betriebsstilllegung und Entlassung von Betriebsräten. (S. 96, Abs. 2, Ziffer 2 Bstb.)

Bei vorübergehender Stilllegung ist die Entlassung von Betriebsräten ohne Zustimmung der Betriebsvertretung unzulässig, bei teilweiser Stilllegung ist die Erforderlichkeit der Entlassung gerade der Betriebsräte zu prüfen. Urteil des Landgerichts Dortmund, 26. Juni 1924, II, 1. S. 308/24 (Juristische Wochenchrift, September 1925, Seite 1908).

Anderer Meinung Landgericht Erfurt, Urteil vom 23. Mai 1925, 1. S. 115/25, mit zustimmender Anmerkung von Fuchs (Juristische Wochenchrift, September 1925, Seite 1914). Es liegen jedoch außer dem vorher wiedergegebenen Urteil noch eine Reihe weiterer Urteile vor, die auch bei teilweiser Stilllegung die Prüfung der Erforderlichkeit der Entlassung der Betriebsräte bejahen.

Betriebsstilllegung nur zur Entlassung von Betriebsräten ist unzulässig, die Zustimmung der Betriebsvertretung zu solchen Entlassungen ist erforderlich (Landgericht Dresden, 3. Zivilkammer, Datum unbekannt, siehe „Metallarbeiter-Zeitung“, Nr. 44, 1925, S. 176).

Eine genehmigte teilweise Betriebsstilllegung und die damit vorgenommene Entlassung von Betriebsräten ist dann nur eine Betriebsbeschränkung, wenn ein Teil der Arbeiter nicht zur Entlassung kommt und außerdem sofort mit dem Neuaufbau des Produktionsganges begonnen wird. Die Entlassung der Betriebsräte ohne Zustimmung der Betriebsvertretung war unzulässig. Urteil des Kammergerichts, 8. Zivilsenat, vom 8. Mai 1925 (Gewerbe- und Kaufmannsgericht, November 1925, Sp. 82).

Bewegungen im Verufe. Reismühlendarbeiter Hamburgs.

Eine Vollversammlung am 2. März beschloß sich mit dem bisherigen Verlauf unserer Reismühlendarbeiterbewegung. Kollege Höhle...

Die bereits als ergebnislos anzusehenden Verhandlungen erhielten einen neuen Impuls, als die Unternehmer dem Schlichter...

In der sehr sachlichen Aussprache neigte die Mehrzahl der Meinungen dahin, die Entscheidung des stellvertretenden Schlichters...

Nach einem Schlusssatz des Kollegen Höhle folgte Schluß der von einem denkbar guten Geiste getragenen Versammlung.

Berichte.

Jubiläumsfeier in Schwabach. Ein Stück Verbandsgeschichte.

Am 28. Februar fand unser Jubiläumsfest für die 15 Jubilare statt, welche ihr 25jähriges Ehren Diplom vom Verband erhalten haben. Unter diesen 15 Jubilaren waren noch drei dabei, die im Jahre 1898 die Zählstelle gegründet haben: Engelhart, Lomaset und Mayerhofer...

Diese kurze Erinnerung brachte unser alter treuer Kollege Engelhart in seiner alt schwabacher Art. Fast ein Vierteljahrhundert stand die Schwabacher Ortsverwaltung auf der Wacht und verteidigte ihre Organisation...

Der Vorsitzende Volshofer verteilte die Ehrendiplome und schloß die große und sehr geschmackvolle Jubiläumstafel, die als ehrendes Andenken dem Ortsverein Schwabach und Umgegend geschenkt wurde.

und der Verbandsvorstand ließ durch ihn den Schwabacher Kollegen die besten Grüße übermitteln. In Schwabach gibt es keinen unorganisierten Verbandsarbeiter.

Leipzig. Denjenigen Kollegen, die auf der Durchreise Leipzig berühren und gewillt sind, Stellung zu suchen, ist das Umschauen in den Betrieben verboten. Erkundigungen sind nur im Bureau einzuholen: Volkshaus, Zelter Str. 32, III, Zimmer 94.

Oberschlesien. Wiederholt mußten wir uns schon mit den ober-schlesischen rückständigen Verhältnissen beschäftigen. Wenn es sich auch gegen die Vorkriegszeit in sozialer und wirtschaftlicher Hinsicht gebessert hat, so gibt es doch Vorgesetzte, die den Arbeitnehmer als Kuli behandeln.

Rundschau.

Existenzminimum eines Unternehmers.

Im Schwärmer Landtag sprach der Abgeordnete Hennekes zum Etat und sagte hierbei: „Eine in Zahlungsschwierigkeiten geratene Firma erbt die Bürgschaft der Stadt Waren für ein Darlehen von 550 000 Mk.“

Und da schreit man fortgesetzt nach Lohnabbau für die Arbeiter, weil die Wirtschaft die gegebenen Löhne nicht tragen könne.

Die Lohnsteuer der Kurzarbeiter.

In letzter Zeit ist wiederholt Beschwerde darüber geführt worden, daß der Lohnsteuerabzug der Kurzarbeiter nicht richtig gehandhabt wird. Viele Arbeitgeber rechnen den Kurzarbeitern nicht die vollen Wochenermäßigungen an, sondern berücksichtigen nur die Ermäßigungen, die auf die tatsächliche Beschäftigungsdauer entfallen.

Eine solche Berechnung ist, wie der Reichsfinanzminister in einem Erlaß erneut feststellt, falsch. Auch im Falle der Kurzarbeit sind, ohne Rücksicht darauf, wieviel Tage der Arbeiter tatsächlich beschäftigt ist, die vollen Wochenermäßigungen freizulassen. Das gilt sowohl vom wöchentlichen steuerfreien Lohnbetrag von 24 Mk., wie von den Familienermäßigungen, die für die Ehefrau 2,40 Mk., für das erste Kind 2,40 Mk., für das zweite Kind 1,80 Mk. usw. wöchentlich betragen.

Dieselben Bestimmungen wie für Kurzarbeiter gelten auch dann, wenn ein Arbeiter durch Krankheit oder sonst ohne sein Verschulden an einigen Tagen der Woche keinen Lohn bezogen hat und bei demselben Arbeitgeber beschäftigt blieb.

Arbeiter-Eperanto-Kongreß.

Während der Osterferien, vom 2.-5. April d. J., findet in Stuttgart der 6. Bundestag des Arbeiter-Eperanto-Bundes für das deutsche Sprachgebiet statt. Zur Unterstützung bedürftiger Delegierter stellt die Stadt Stuttgart bereitwillig 100 Mk. zur Verfügung.

Verbandsnachrichten.

Verbandsbureau, Redaktion und Expedition der „Verbands-Zeitung“ Berlin NW 48, Reichstagsufer 3. Fernsprecher: Hansa 4934.

11. Beitragswoche vom 7. bis 13. März.

Anzahlung von Reiseunterstützung.

Nach § 11 und § 43 des Verbandsstatutes ist in allen Fällen, wo Mitglieder auf die Wanderschaft gehen, das Mitgliedsbuch an den Verbandsvorstand einzuliefern. Nur der Verbandsvorstand kann den ersten Unterstützungsausweis ausfertigen, der das legitime Mitglied als zum Unterstützungsempfang berechtigt legitimiert.

Dann sind nicht alle Ortsvereine zur Anzahlung von Verbandsunterstützung an reisende Mitglieder berechtigt. Nur

nachstehende Ortsvereine dürfen solche Unterstützung auszahlen; die hier nicht aufgeführten Ortsvereine dürfen solche Unterstützungen nicht auszahlen:

- Bezirk Königsberg i. Pr.: Königsberg.
Bezirk Breslau: Breslau, Görlitz, Waldenburg.
Bezirk Stettin: Stettin, Stettin, Stolp.
Bezirk Berlin: Berlin, Brandenburg, Frankfurt a. d. O., Guben, Landsberg a. d. W.
Bezirk Hamburg: Hamburg, Lübeck, Oldenburg.
Bezirk Mecklenburg: Greifswald, Rostock, Schwerin.
Bezirk Kiel: Flensburg, Kiel.
Bezirk Bremen: Bremen.
Bezirk Hannover: Göttingen, Hannover, Nellen.
Bezirk Braunschweig: Braunschweig.
Bezirk Magdeburg: Halberstadt, Magdeburg, Stendal, Wittenberge.
Bezirk Halle a. d. S.: Halle a. d. S.
Bezirk Leipzig: Altenburg, Dessau, Gera, Leipzig, Plauen i. V.
Bezirk Chemnitz: Chemnitz, Zwickau.
Bezirk Dresden: Dresden, Riesa.
Bezirk Erfurt: Eisenach, Erfurt, Meiningen, Mühlhausen i. Th., Nordhausen, Rudolstadt, Sonneberg.
Bezirk Kurland: Kurland.
Bezirk Regensburg: Bayreuth, Hof, Landshut, Regensburg.
Bezirk Nürnberg: Nürnberg.
Bezirk Würzburg: Würzburg.
Bezirk München: München.
Bezirk Augsburg: Augsburg.
Bezirk Ulm: Ulm, Kempten, Memmingen, Ulm.
Bezirk Stuttgart: Heilbronn, Reutlingen, Stuttgart.
Bezirk Karlsruhe: Karlsruhe.
Bezirk Oberbaden: Freiburg i. B., Radolfzell, Schwenningen am Neckar.
Bezirk Saarbrücken: Saarbrücken.
Bezirk Mannheim: Heidelberg, Mannheim, Neustadt a. d. S.
Bezirk Frankfurt a. M.: Darmstadt, Frankfurt a. M.
Bezirk Mainz: Mainz, Worms.
Bezirk Rheinland-Westfalen: Bielefeld, Bochum, Cassel, Coblenz, Köln, Dortmund, Duisburg, Düsseldorf, Elberfeld, Barmen, Minden, Münster, Trier.

Warnung.

Vor dem Brauer Hermann Riedel, geb. am 25. April 1871 zu Halberstadt, eingetr. am 13. März 1918, Ende 1925 seinen Uebertritt zum Stahlhelm erklärt, wird eindringlich gewarnt. Sein Buch wurde ihm in Besitz abgenommen, weil er von Ortsvereine des Stahlhelms bezichtigt wurde.

Eingänge der Hauptkasse vom 1. bis 6. März.

Table with columns for location and amount. Includes entries like Bamberg 500,00, Coblenz 100,00, etc.

SPEYER

Samstag, den 13. März, abends 8 Uhr, im Lokal zur „Stadt Nürnberg“, findet unser 30jähr. Stiftungs- und Jubiläumsfest statt, wozu unsere sämtlichen Kollegen herzlich eingeladen sind.

Nachruf. Im Monat Februar starben unsere Kollegen Karl B. Bronikowski, Walter, Schultheiß IV., Karl Wolff, Maschinenf. Dampfmühle Schütt, Wilhelm Geyer, Arbeiter, Wein u. Gisth. Kaufmann. Ehre ihrem Andenken. Ortsverein Berlin.

Nachruf. Es starben die Kollegen Karl Becker, Invalide, früher Brauerei Hochlig, Franz Segeweh, Hilfsarbeiter, Schlossbrauerei, Georg Striegler, Schlosser, Brauerei Arnsdorf. Wir werden den Verstorbenen ein ehrendes Andenken bewahren. Ortsverein Chemnitz.

Unsern Kollegen, dem Schmied Gottlieb Kummerle, zu seinem 25 jährigen Arbeitsjubiläum am 11. März 1926 unsere herzlichsten Glückwünsche. Die Kollegen der Eßlinger Brauereigesellschaft.

Unsern Kollegen, dem Waffler Christian Rechner, nebst seiner lieben Frau zur silbernen Hochzeit; sowie dem Kolleg. Josef Reitzinger nebst seiner lieben Frau zur Verlobung; dem Chauffeur Ludwig Menges zu seinem 25 jährigen Dienstjubiläum, die herzlichsten Glückwünsche. Die Kollegen der Brauerei Fyrling-Melchor Lich (Ob.-Gießen).

Unsern Kollegen Anna Schreier und ihrem Mann nachträglich die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung. Ortsverein Königsberg i. Pr. Unsern Kollegen Konstantin Niedzella zu seinem 25 jährigen Arbeitsjubiläum und zu seinem 50. Geburtstag nachträglich die herzlichsten Glückwünsche. Die Kollegen des Ortsverein Ratibor D.-S.

Unsern Kollegen Edmund Roth zu seinem 30 jährigen Geschäftsjubiläum die herzlichsten Glückwünsche. Ortsverein Weimar (Thür.). Unsern Kollegen Bernhard Giltich, sowie seiner lieben Frau zur Silberhochzeit nachträglich die herzlichsten Glückwünsche. Die Kollegen der Zahlstelle Plauen i. Vogtland.

Unsern Kollegen und Gauleiter Wilhelm Franz nebst Gemahlin nachträglich zur Silberhochzeit die herzlichsten Glückwünsche. Unsern langjährigen Mitarbeiter und Kollegen Richard Moser bei seinem Scheiden von hier ein herzlichliches „Lebewohl“ mit dem Wunsch viel Glück und Wohlergehen im neuen Wirkungskreis. Ortsverein Nachen.

Brauerschuhe aus Kermirindeleder, wasserfest, extra starke Sohlen, Paar 7,50 Mk. Bes. d. Nachnahme. Genußschonker billigst. Fellreiter, München, Ledererstr. 5 II.

Advertisement for Billige bismische Bettfedern. Includes text: 1 Kilo graue geschliffene G.-M. 3,-; halbweiße G.-M. 4,-; weiße G.-M. 5,-; bessere G.-M. 6,-; beste Sorte G.-M. 12,- bis 14,-; weiße ungeschliffene Pufffedern G.-M. 7,-, 9,50, 11,-. Versand franco, zollfrei, gegen Nachnahme. Muster frei. Umtausch oder Rücknahme gestattet. Benedikt Sachsel, Lobes No. 15, bei Pilsen, Böhmen.